

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Beleggeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelspalte oder deren Raum 1.90 M., bei Planvorchrift 2.30 M., Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelspalte 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Zustäger, Zweiggeschäfte und alle Volkshandlungen entgegen.

Neukommunistische Gelüste.

Berlin, 20. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit berichtet in ihrer heutigen Morgenausgabe unter der Ueberschrift: Sie können sich nicht trennen, einige nette Affären von der Hilfslosigkeit der Linken. Sie schreibt: „In der Montagabend-Ausgabe teilten wir mit, daß in der Nacht vom Sonntag zum Montag versucht wurde, in die Räume des Zentralbureaus am Schiffbauerdamm einzubrechen. Jetzt weiß die rote Fahne zu melden, daß „es sich hier nicht um einen Einbruch, sondern um etwas ganz anderes“ handelte. Der in Halle gewählte, neukommunistische Parteivorstand habe seine Bureaus „aufsuchen“ wollen aber die Schlüssel verändert gefunden. Das geschah seltsamerweise um 2 Uhr nachts. Wir nehmen dies Ergebnis der Untersuchung zur Kenntnis und befehlen uns, durch schnelle Wiedergabe in unserm Blatte eine breitere Öffentlichkeit von dem wahren Sachverhalt in Kenntnis zu setzen. Es handelt sich also nicht, wie wir zuerst annahmen, um einen richtigen Einbruch, sondern „es handelte sich um etwas ganz anderes“, was wir besonders auch darum mit besonderem Vergnügen betonen, damit der öffentliche Sicherheitsdienst weiß, wie er die Tag und Nacht ruhelos in der Gegend des Gebäudes Schiffbauerdamm 21 herumstreifenden Gestalten zu bewerten hat. Diese Leute sind harmlos. Die Sache klärt sich auch dadurch auf, daß, wie wir erfahren haben, im Laufe des Montag- und Dienstagmorgens kleinere Trupps unter Führung der Reichstagsabgeordneten W. Hoffmann, Eichhorn und Koenen im Hause Schiffbauerdamm 21 erschienen, wie gesagt, um „ihr Bureau“ aufzusuchen. Das fiel besonders deswegen auf, weil zwei von ihnen in früherer Zeit, als sie noch Mitglieder unseres Zentralkomitees waren und eine gewisse Verpflichtung hatten, im Bureau zu erscheinen, seltener in den geöffneten Räumen zu finden waren, als jetzt vor den verschlossenen Türen nächtlicherweile. Es wurde ihnen aber vom Portier mehrfach bedeutet, daß sie in den Räumen nichts zu suchen hätten, und daß auf Veranlassung des Eigentümers des Grundstücks Gerichtsbeschluß herbeigeführt werden solle, um festzustellen, wer rechtmäßiger Herr im Hause ist. Man versuchte aber der Rechtsfeststellung sogar dadurch vorzugreifen, daß man gestern vormittag die Tür zu unserm Bureau mit Rasthämeln zu öffnen versuchte, um von unbegreiflicher Schnelligkeit gegen ein selbigen Arbeitopfer zu gelangen. Auch daran wurde man von dem völlig von bürgerlichen Rechtsvorstellungen beherrschten Portier verhindert.

Ein vereiteltes Gewaltakt.

Frankfurt a. M., 20. Oktober. In der Nacht zum Montag haben die Neukommunisten versucht, das Parteiorgan Volkrecht gewaltsam in ihren Besitz zu bringen. Der Handstreich wurde vereitelt und die Eindringlinge mußten wieder abziehen.

Halle, 20. Oktober. Der in Halle abgehaltene Bezirkstag der Neukommunisten fordert in einer Entschließung die Reichstagsabgeordneten Treiblich Kunert und Raute auf, ihr Mandat der Partei zur Verfügung zu stellen.

Neukommunisten haben nicht das Recht, über Mandate der Unabhängigen Sozialdemokratie zu verfügen. Die verächtliche Namenschiebung nützt ihnen nichts.

Entfernung der Neukommunisten aus der Berliner Stadlverordnetenfraktion der USP.

Berlin, 20. Oktober. Gestern sind die Neukommunisten aus der Fraktion der USP, im Berliner Rathaus entfernt worden. Die Fraktion unserer Partei ist danach 64 Mann stark. Die der Neukommunisten umfaßt nur 20 Mitglieder.

Die österreichische Sozialdemokratie geht in Opposition.

Berlin, 20. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Vorwärts meldet aus Wien: Die Sozialdemokratische Partei ist entschlossen, jeden Versuch der Bürgerlichen, sie zu einer Koalitionsoberregierung oder sonstigen Mitwirkung in der Regierung zu gewinnen, abzulehnen. Die Frage ist vorläufig noch nicht aktuell. Sobald aber der Hauptanschlag des neugewählten Nationalrats zusammentritt, werden unsere Genossen ihre Regierungämter niederlegen. Die Arbeiterzeitung hat bereits am Montagnachmittag erklärt, daß dies die einzige mögliche Anschauung der Partei sei. Was bürgerliche Blätter über Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei schreiben, ist falsch. — Abgeordneter Dr. Otto Bauer sprach heute in einer Massenversammlung über Lehren und Wirkung der Wahlen. Er erklärte für durchaus selbstverständlich, daß die Sozialdemokratische Partei nicht wieder in eine Koalition eintrete, ganz gleich in welcher Form und unter welchem Titel.

Der neugewählte Nationalrat setzt sich einschließlich der bisherigen Räteverordneten zusammen aus 78 Christlichsozialen (+ 14), 72 Sozialdemokraten (— 7), 16 Grobdeutschen (— 8), 3 Mitgliedern der Bauernpartei (+ 3) und einem Mitglied der bürgerlichen Arbeiterpartei. Zu diesen Mandaten kommen noch 15 Mandate auf Grund der Neuwahlen.

Wien, 19. Oktober. (W. L. B.) Das Zentralorgan der kommunistischen Partei in Oesterreich, Die Rote Fahne, bekennend offen die kommunistische Niederlage bei den Wahlen und stellt fest, daß die Zahl der kommunistischen Wähler sogar hinter der Zahl der organisierten Kommunisten zurückgeblieben sei.

Kritische Situation in Italien.

Mailand, 19. Oktober. In politischen Kreisen wird der Sturz Giolittis vorhergesagt. Der Bürgerkrieg droht. Nitti und mehrere sozialistische Delegierte sollen sich verbünden haben, um eine Abdankung des Kabinetts Giolitti zu erzwingen. Von anderer Seite wird mitgeteilt, daß Orlando die Macht an sich reißen will. Die Regierung will alle öffentlichen Versammlungen verbieten, um Unruhen zu vermeiden. Die Situation in Bologna wird täglich ernstlicher.

Ein letzter Rettungsversuch der italienischen Bourgeoisie.

Berlin, 20. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der römische Korrespondent des Berliner Tagesblattes meldet: In ganz Italien schreitet jetzt die Regierung mit aller Strenge gegen die „anarchistischen Auswüchse“ ein. So wurden in Bologna als Urheber der letzten Zusammenkünfte mehrere Anarchisten sowie ein ungarischer Kommunist festgenommen. Die Regierung bestimmt, daß von den Behörden zur Wahrung von Ruhe und Ordnung keinerlei aufrührerische Kundgebungen und Versammlungen mehr abgehalten werden dürfen. Gegen Presseverbrechen soll ebenfalls streng eingeschritten werden. Die Regierung hat eine Verärgerung der Sicherheitspolizei, der sogenannten Königswächtern beschlossen, um gegen alle Unruhen gerückt zu sein.

Bisher hat es Giolitti mit dem Zuckbrod des Gewährens versucht. Jetzt greift er, offenbar unter dem Druck der erschrockenen Bourgeoisie, zur Gewalt. Dieser Fitzakurs zeigt die Schwäche und Nützlosigkeit der Regierung. Sie wird den notwendigen Gang der Ereignisse so oder so nicht aufhalten.

Streik der englischen Bergarbeiter. Die Betriebe ruhen vollständig.

Amsterdam, 19. Oktober. Telegramm meldet aus London: Der Kohlenstreik ist heute allgemein. Mit Ausnahme der allerunvermeidlichsten Arbeiten zur Ventilation und zur Entwässerung der Gruben ruht der Betrieb auf den Kohlenbergwerken vollständig.

Die Hoffnung des reaktionären Bürgerlums.

Berlin, 20. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Reichstagsrat der Deutschen Tageszeitung meldet aus London: Der Generalsekretär des Verbandes der Gruppe Heizer, Fromen, erklärte, daß trotz der drohenden Haltung der Bergleute von Wales die Heizer entschlossen sind, weiter in die Werke einzufahren, um diese in einem guten Zustand zu erhalten. — Aus Barsay und Dudlay belagen die Berichte, daß die dortigen Bergleute nichts von einem Streik wissen wollen. Sie wüßten schon vorher nicht, was sie mit ihrer freien Zeit anfangen sollten (?) und begreifen jetzt eigentlich nicht, warum gestreikt werden soll (?). Aus den Eisenbahngürteln, die für besonders streiktauglich gelten, belagen die Meldungen, daß großer Widerstand gegen eine eventuelle Teilnahme am Streik gezeigt wird. Der Sekretär des Bundes der Lokomotiv-Heizer erklärte, keine Möglichkeit zu sehen, daß sich das Personal dem Streik der Bergleute anschließen wird. In London verkehren heute die Bororia- und Arbeiter-Büge in der üblichen Weise. Also ist man in London bezüglich des Streiks optimistisch gestimmt und rechnet mit einer sehr kurzen Dauer des Ausfalls. Ein Bergarbeitersführer erklärte, daß der Bergarbeiterstreik vielleicht schon Ende dieser Woche beendet sein werde, da man erkannt habe, daß die der Verständigung entgegenstehenden Hindernisse leichter aus dem Wege zu räumen sind, als man bisher angenommen hatte. Sehr übel wird in den Londoner Regierungskreisen die Tatsache vermerkt, daß ein Teil der französischen Presse den Kohlenstreik zu einem neuen Angriff gegen Lloyd George ausnützt.

Diese Meldung ist natürlich mit größter Reserve aufzunehmen. Sie spiegelt offenbar die Hoffnungen der englischen Bourgeoisie wider und ist aufgebaut auf den Höflichkeitsnachrichten der englischen kapitalistischen Presse, die die Streikenden zu verwirren sucht, wie wir das auch in Deutschland kennen. Als Probe von der Stimmung und dem Verhalten der arbeitserfreundlichen Schichten ist indes nicht ohne Wert.

Die Wirkungen des Streiks.

London, 19. Oktober. Havelock Wilson erklärte gestern, daß wegen des Kohlenstreiks bereits Tausende von englischen Seeleuten arbeitslos geworden seien.

London, 19. Oktober. Der Präsident der Transportarbeitergewerkschaften, Gosling, hat sich entschieden für eine Vermittlung im Streit der Bergarbeiter ausgesprochen. Die Haltung der Regierung deutet in keiner Weise darauf hin, daß sie die Absicht hat, neue Vorschläge zu unterbreiten. Zahlreiche Höflichkeit wurden jedoch gemacht. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß die Theater und Kinos geschlossen werden. Der Personverkehr wird, wenn der Streik fortbauert, vom nächsten Montag an um 10 u. S. einseitig anhalten werden.

Russisch oder international?

Das von dem russischen Absolutismus eskalierte, zermalmende Ich nimmt Revanche, daß es sich selbst in seiner revolutionären Gedankenwelt auf den Thron setzt und sich für allmächtig erklärt — als ein Verschönerungskomitee im Namen eines nicht existierenden „Volkswillens“. . . . Endlich erscheint auf der Bildfläche ein noch legitimeres Kind des Geschichtsprozesses — die russische Arbeiterbewegung, die den schönsten Anlauf nimmt, zum ersten Male in der russischen Geschichte nun wirklich einmal einen Volkswillen zu schaffen. Jetzt aber stellt sich das „Ich“ des russischen Revolutionärs schleunigt auf den Kopf und erklärt sich wieder einmal für einen allmächtigen Lenker der Geschichte — diesmal in der höchst eigenartigen Weise eines Zentralkomitees der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Der kluge Akrobat übersteht dabei, daß das einzige Subjekt, dem jetzt die Rolle des Lenkers zugesprochen, das Massen-„Ich“ der Arbeiterklasse ist, das sich partout darauf versteht, eigene Fehler machen und selbst historische Diastektik lernen zu dürfen. Und schließlich sagen wir hoch unter uns offen heraus: Fehlstritte, die eine wirkliche revolutionäre Arbeiterbewegung begeht, sind geschichtlich unermesslich fruchtbarer und wertvoller als die Unfehlbarkeit des allerbesten „Zentralkomitees“, Rosa Luxemburg.

Bei einem Rückblick auf die verflozene Hallenser Tagung darf man nicht verweilen bei all dem persönlichen und sachlichen Kleinram, bei all dem Häßlichen, Tiefstaurigen, das bei derartigen Auseinandersetzungen unvermeidlich zu sein scheint. Man muß immer wieder den Kern des Streites herausfassen: Geht die Entwicklung russisch oder international? Die Rede Snowjews und Hilsberdings, nicht so belastet durch die Betrachtung der deutschen Arbeiterbewegung im einzelnen wie die Referate der Moskauer-Delegierten der USP, spiegeln diese Gegensätze am stärksten wider.

Snowjews große rhetorische Leistung, seine vierstündige Rechtfertigungsrede war durchaus im russischen Gesichtspunkt gehalten. Es war eine schillernde Mischung sehr vereinfachter ökonomischer Analyse und kultivierter Demagogie, die sich besonders im Spiel mit den Begriffen „Reformismus und Opportunismus“ bewährte. Das unerwartete Angebot der Revision der Bedingungen in unklarer unverbindlicher Form am Schluß war kennzeichnend für die Methoden des bolschewistischen Redners. Hilsberdings Antwort war schärf und klar formuliert: „Wie soll geändert werden? Wer hat die Vollmacht zur Aenderung der von souveränen Kongress der Internationale angenommenen Bedingungen?“ Wir verlangen die Autonomie der Partei, weil wir eine Zusammenarbeit der Internationale wollen, keine russische Hegemonie. Russisch war der machtpolitische Standpunkt des Vertreters der Sowjet-Regierung, der immer wieder die Darlegungen des Sozialisten durchkreuzte, sowohl bei der Frage der Ostländer, sowie bei der Agrarfrage. Proletarisch-international ist die Erkenntnis, daß der Prozeß der Weltrevolution nicht so einfach ist, wie ihn die Russen sehen und daß die Methoden und Formen dieses Prozesses vom Proletariat eines jeden Landes erarbeitet werden müssen unter Berücksichtigung der ökonomischen, politischen, psychologischen Verhältnisse der einzelnen Staaten. Echt russisch war die krankhafte Sucht zur Spaltung, die sich besonders in zahllosen Angriffen gegen die „gelbe“ Amsterdamer Internationale kundtat. Proletarisch international ist die Erkenntnis, diese letzte aktionsfähige Arbeiterorganisation zu erhalten, durch rastlosen Kampf von innen heraus umzugestalten. Die Arbeitsgemeinschaftstendenzen durch die internationale gerichteten Arbeitermassen zu überwinden. Russisch war auch die dauernde moralische Verdächtigung der Gegenseite. Echt international ist die elegeante, nicht verfehlende Abwehr Jean Longuets.

Vorkäufig haben die russischen Tendenzen gesiegt, ein Teil der Partei ist abgefallen, es kommt der Kampf um die Organisation, die Presse, um den Parteiapparat. Dieser Kampf mit all seinen verpörenden und verheerenden Nebenerscheinungen kommt zu einer Zeit, wo die ökonomische Lage die einheitliche Mobilisierung des Proletariats gegen die Bourgeoisie erfordert. Dieser gemeinsame Kampf aller Arbeiterschichten und Parteienrichtungen müßte die Kräfte des Proletariats absorbieren und würde Unterschiede der Meinungen und Temperamente mildern und ihre hemmenden Wirkungen auf die Bewegung beseitigen.

Es ist aus vielerlei Gründen anders gekommen, geben wir uns daher keinen Täuschungen hin, über die schwierige Lage des Proletariats und Deutschlands. Die Neukommunisten werden noch oft an die Mahnung von Jean Longuet denken: Es ist leicht die Moskauer Bedingungen anzunehmen, aber weit schwieriger sie durchzuführen. Es ist leichter eine Partei zu gründen, als eine neue zu errichten. Es ist schwer bei der heutigen Schmachkonferenz des Radikalismus rationale Grundfragen und wissenschaftliche Unterzählungen zur Grundlage politischer Diskussionen und Aktionen zu machen.

In dieser politischen und psychologischen Lage müßten wir uns vor zwei Gefahren hüten: Wir dürfen keine Rechtsabweichung